

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Durlacher Tagblatt. 1920-1964 1934**

299 (22.12.1934)



# Durlacher Tageblatt

Durlacher Wochenblatt gegründet 1829 / Heimatblatt für die Stadt Durlach und den Amtsbezirk Karlsruhe

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- und Feiertag ausgenommen. Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbezirk monatlich 1,50 Mark, durch die Post bezogen 1,86 Mark. Einzelnummer 10 Pfennig.

Druck u. Verlag: Adolf Dups, Kommanditgesellschaft, Durlach, Mittelstr. 8. Geschäftsstelle: Adolf Hitlerstr. 53, Fernspr. 204. Postfachkonto Karlsruhe Nr. 10 101. Verantwortlich für den Gesamthalt: Luise Dups, Durlach, D. A. XI. 3400.



Anzeigenberechnung: Die gespaltene Millimeterzeile (46 Millimeter breit) 8 Pfennig, Millimeterzeile im Textteil 18 Pfennig. 3. Zt. ist Preisliste Nr. 3 gültig. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor, nachmittags 17 Uhr, für kleine Anzeigen am Erscheinungstag 8 Uhr vormittags. Für Platzvorschriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezogener keine Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 299

Samstag, den 22. Dezember 1934

106. Jahrgang

## Kurze Tagesübersicht

In Belgrad hat der bisherige Außenminister Tschitsch ein neues Kabinett gebildet, das aus jüngeren Kräften besteht und unabhängig von den Parteien ist.

Reichsminister General Göring gab dem Vertreter des Reuterbüros eine Unterredung über die deutsch-englischen Beziehungen, die durchaus freundschaftlich und friedlich seien.

In Rußland herrscht ein scharfer Kurs gegen die sog. Oppositionsgruppe um Sinowjew und Kamenev, die beide verhaftet wurden.

Das holländische Großflugzeug „Miver“, das sich in hervorragender Weise am Entkommen nach Australien beteiligt hatte, ist im Gewitter abgestürzt und verbrannt. Die sieben Insassen fanden den Tod.

Die französische Kammer nahm den Haushaltsanschlag für 1935 mit 460 gegen 126 Stimmen an.

Die bevorstehenden Kündigungen des Washingtoner Flottenpactes durch Japan und Frankreich lassen die amerikanische Regierung ziemlich kalt; die Regierung wird sich nur noch enger an England anschließen.

## Berordnung über Wettbewerb

Berlin, 21. Dez. Der Reichskommissar für Preisüberwachung hat folgende Verordnung erlassen:

Preise, die der Kaufkraft des Volkes entsprechen, entwickeln sich bei genügendem Angebot von Waren und Leistungen am sichersten und zuverlässigsten auf der Grundlage eines gesunden Wettbewerbs, der aber die Sicherung der Ernährung aus heimatischer Scholle niemals beeinträchtigen darf. Außerdem kann Wettbewerb in Zeiten, in denen die Produktionsstätten und der Handel des Landes nicht in vollem Umfange ausgenutzt sind, die Gefahr heraufbeschwören, daß im Wettkampf Preise verlangt werden, aus denen Steuern und Abgaben nicht gezahlt, die Gläubiger nicht befriedigt werden können.

Um die Grundlage für einen auf Leistung und Verantwortungsbehaftung gegründeten Wettbewerb zu schaffen und damit den für die Volkswirtschaft besten Preis nach Möglichkeit zu sichern, wird verordnet:

§ 1.

1. Wer unter unlauterer Ausnutzung seines Kredites oder böswilliger Nichterfüllung seiner Verpflichtungen gegenüber dem Staate, der Gewerkschaft seines Betriebes oder seinen Gläubigern in gemeinschaftlicher Weise Güter oder Leistungen zu Preisen anbietet, die seine Selbstkosten nicht decken können und den Anforderungen einer ordnungsmäßigen Wirtschaft widersprechen, wird mit Gefängnis und mit Geldstrafe in unbeschränkter Höhe oder mit einer dieser Strafen bestraft; die Strafbefugung tritt nur ein, wenn der Schuldner seine Zahlungen eingestellt hat oder wenn über sein Vermögen das Konkursverfahren eröffnet worden ist.

2. Die gesetzlichen Vorschriften über unlauteren Wettbewerb und die Strafbestimmungen der Konkursordnung bleiben unangetastet.

§ 2.

Die Vorschriften des Abschnittes 4 (Strafantrag, Ordnungsstrafen) der Verordnung über Preisüberwachung vom 11. Dezember 1934 finden keine Anwendung.

§ 3.

Diese Verordnung tritt mit 1 Tage der Verkündung in Kraft.

## Verbot schweizerischer Blätter verlängert

Berlin, 21. Dez. Wie wir hören, sind die Verbote der bekannten schweizerischen Blätter „Neue Zürcher Zeitung“, „Baseler Nationalzeitung“ und „Bund“ für das Reichsgebiet bis auf weiteres verlängert worden. Für eine Wiederzulassung waren die erforderlichen Voraussetzungen nicht gegeben.

Während die deutsche Presse, einschließlich der in der Schweiz verbotenen Blätter, sich nach wie vor eines sachlichen Tones in allen die Schweiz berührenden Angelegenheiten befleißigt und eine unerwünschte Einmischung in schweizerische Verhältnisse vermeidet, ist dies hinsichtlich der fraglichen schweizerischen Blätter in Bezug auf deutsche Angelegenheiten nicht der Fall. Gerade die Beobachtung der Haltung der Blätter in den letzten Wochen bestätigt dies Urteil, indem die Verbote — im übrigen entsprechend der seinerzeitigen Maßnahme der eidgenössischen Behörde — diesmal auf unbestimmte Zeit verlängert worden sind.

## Durchführung der Volkswirtschaft in Durlach Weiberhof

Sonntag, 23. Dezember 1934  
Beginn 7 Uhr abends

Aufmarsch aller nationalsozialistischen Formationen: SA., SS., SA., PD., NSKK., Reichsluftschutzbund.

Das Programm bestreiten: Rezitation: Staatsschauspieler Stefan Dahlen vom Bad. Staatstheater. Gesang: sämtliche Durlacher Gesangsvereine. Musik: Standartenkapelle 238. Sprechchöre HJ., SA., BDM. — Im Mittelpunkt der Feier steht die Kinderbescherung — Ansprache hält der Ortsgruppenleiter der NSDAP W. Bull. Aufmarschleitung: Standartenführer Ansel.

Zu dieser Feier der ersten Volkswirtschaft ist die gesamte Bevölkerung eingeladen.

NSDAP Ortsgruppe Durlach:  
W. Bull

## Weihnachtsaufruf des Reichshandwerksmeisters

Berlin, 21. Dez. Reichshandwerksmeister Schmidt hat, wie das RdZ. meldet, zum Weihnachtsfest an das Deutsche Handwerk einen Aufruf erlassen. Er dankt seinen Handwerkskameraden für das Verständnis, für die Disziplin und den Opfergeist, mit dem sie auf das viele Neue eingegangen sind. Das Handwerk sei ein gutes Stück weitergekommen in diesem Jahr. Der Nationalsozialismus habe dem Handwerk die allgemeine Pflichtorganisation und die handwerkliche Ehrengerechtigtheit gegeben, und damit lebenswichtige Forderungen erfüllt, um die das Handwerk früher jahrzehntelang vergeblich gekämpft habe. Das Handwerk habe jetzt endlich die nötigen Handhaben, um Ordnung in seinen Reihen zu schaffen und in unablässiger Erziehungs- und Reinigungsarbeit einen Handwerksstand zu formen, in dem überall nur zuverlässige, pünktliche und preiswürdige Wertarbeit geleistet werde. Der Reichshandwerksmeister verweist weiter auf die Handwerksbehebung, die infolge der staatlichen Maßnahmen eingetreten sei. Der Kampf gegen Schwarzarbeit und Preisverfall, gegen Regiebetriebe und andere handwerksschädliche Betriebe werde weitergeführt. Gegen veraltete Vorurteile werde eine Fülle von Aufklärungsarbeit geleistet. Im Sinne des alten handwerklichen Dreiklanges „Meister, Geselle und Lehrling“ gelte es, aus den Handwerksbetrieben immer mehr Jellen echter Volksgemeinschaft zu machen. Einem Handwerksstand, der im Aufbau des neuen Deutschlands sein Bestes gebe, werde auch von Partei und Staat die gebührende Anerkennung und das ihm gemäße Recht werden.

## Die Schneeverhältnisse in den Alpen

München, 21. Dez. Nach Mitteilung der Deutschen Bergwacht und des Verkehrsverbandes München und Südbayern haben die Niederschläge der letzten Tage in den Alpen in Lagen über 1400 Meter zu geringen Schneefällen geführt und eine Schneedecke von durchschnittlich 10 bis 30 Zentimeter geschaffen. Skitouren und Abfahrten bis ins Tal sind gegenwärtig aber noch nicht möglich.

## Göring über die deutsch-englischen Beziehungen

London, 21. Dez. Der preussische Ministerpräsident General Göring gewährte einem Sonderberichterstatter des Reuterbüros eine Unterredung, in der er vor allem auf die deutsch-englischen Beziehungen und auf die Luftfahrtfragen zu sprechen kam.

Göring erklärte eingangs: „Das deutsche Volk glaubt nicht, daß die britische Regierung oder das britische Volk irgend welche feindlichen Gefühle gegen Deutschland hegen, und es ist kein dringender Wunsch, daß England und Deutschland in einem Verhältnis fester und ehlicher Freundschaft verbleiben, natürlich auf der Grundlage der Gleichberechtigung. Und das ist auch mein Wunsch für das Jahr 1935.“ Göring fuhr dann fort, er sei überzeugt, das das kommende Jahr keine internationalen Fragen bringen werde, die nicht auf friedliche Weise gelöst werden könnten, und es gebe keine Regierung, die so wenig Verantwortungsgefühl habe, daß sie zur Erreichung ihrer Ziele zu dem Mittel des Krieges, „dieses schrecklichsten aller Schreden“, greifen würde, ganz besonders aber nicht die deutsche Regierung, die nichts weiter wünsche, als auf dem Wege des Friedens und der internationalen Zusammenarbeit fortzuschreiten.

Das Gespräch kam dann auf die Fragen der Luftfahrt. General Göring setzte auseinander, daß jede Furcht vor der deutschen „Luftbedrohung“ in England sinnlos sei, denn Deutschland habe, vom militärischen Standpunkt aus gesehen, gar nicht die technischen Mittel, um einen Luftangriff durchzuführen. „Natürlich“, so bemerkte der Reichsluftfahrtminister, „haben wir einige Versuchsmaschinen, aber davon zu sprechen, daß Deutschland Hunderte von Militärflugzeugen besitzt, ist lächerlich.“

Auf die Frage, ob die Verkehrsflugzeuge der Luftflotte leicht in Kriegsflugzeuge umgewandelt werden könnten, antwortete der Ministerpräsident: Als alter Flieger wisse er, daß Zivilflugzeuge unmöglich in brauchbare Kriegsmaschinen umgewandelt werden können. Kein anderer Luftfahrtminister denke daher an eine solche Möglichkeit hinsichtlich seiner eigenen Luftflotten. „Wenn andere Völker für den Luftkrieg rufen, dann müssen wir wenigstens das Recht haben, die technischen Vorbereitungen zu treffen, um später die notwendige Sicherheit für das deutsche Volk zu gewährleisten. Aber wenn andere Völker bereit sind, ihre Militärflugflotten abzurufen, so wäre Deutschland damit durchaus einverstanden. Obwohl im Augenblick kein Luftangriff auf Deutschland zu befürchten ist, so kann man doch nicht an der Tatsache vorbeigehen, daß Deutschland von Völkern umgeben ist, die sowohl zu Lande als auch in der Luft bis an die Zähne bewaffnet sind und das macht Maßnahmen passiven Luftschutzes unerlässlich.“

Auf die Innenpolitik übergehend, erklärte General Göring: „Ich lege meine Hand dafür ins Feuer, daß die SA wie immer begeistert und bedingungslos hinter dem Führer steht. Eine Wiederholung des 30. Juni ist nicht möglich, denn die SA und SS sind ein einheitliches Ganzes und stehen blind ergeben hinter der Regierung.“

Göring sagte, ebenso fest sei er davon überzeugt, daß das Volk zur nationalsozialistischen Regierung halte, und daß 90 v. H. der Wählerschaft in jeder lebenswichtigen Frage wiederum für die Regierung stimmen würde. „Es wird immer Niemacher und Kritiker geben, und sie machen immer einen großen Lärm, während die breiten Volksmassen, die mit dem jetzigen Stand der Dinge zufrieden sind, sich ruhig verhalten und es nicht für nötig halten, ihre Meinung besonders hervorzuheben. Der Unzufriedene schreit immer, während der Zufriedene seinen Mund hält. Das ist eine wohlbekanntes Tatsache.“

Gegen die jegliche Regierung gebe es keinerlei Opposition, versicherte General Göring, und die innenpolitische Lage sei gesichert. Eine kommunistische Gefahr gebe es in Deutschland nicht, solange der Nationalsozialismus an der Macht sei.

In Beantwortung der Frage, ob die Emigranten nach Deutschland zurückkehren könnten, auch wenn sie Marzisten gewesen seien, erklärte der Ministerpräsident, es habe keine Bedeutung, ob jemand Marzist gewesen sei oder nicht. Der Emigrant, der sein Vaterland nicht verraten habe, könne ohne Furcht nach Deutschland zurückkehren und seinen Beruf wieder ausüben, wenn er die Bereitwilligkeit zeige, wieder ein Mitglied der deutschen Volksgemeinschaft zu werden.

Der frühere Gauleiter von Schlesien, Brüdnner, z. B. sei aus „moralischen“ und nicht aus politischen Gründen seines Amtes enthoben worden. Das Recht nehme keine Rücksicht auf das Parteibuch oder auf die Stellung, die jemand habe. Göring demontierte entrüstet die ausländischen Presseberichte über Meinungsverschiedenheiten im Kabinett und brandmarkte als „injamme Lüge“ das Gerücht, daß er und Dr. Göbbels sich angeblich nicht schätzten. Er sehe Dr. Göbbels fast jeden Tag in Anwesenheit des Führers und sie seien die besten Kameraden und Freunde. Die gleichen unwahren und grotesken Vermutungen habe man über seine Beziehungen zu Dr. Schacht aufgestellt, dessen Verdienste um Deutschland der Führer und die gesamte Regierung voll würdigten. „Es befehlen keine Gegenfälsche im Kabinett. Es gibt dort nur vollkommene Zusammenarbeit zwischen allen seinen Mitgliedern und blindes Vertrauen zum Führer. Eine einigere Regierung gibt es nicht in ganz Europa.“

Er schloß die Unterredung mit der Versicherung, daß Deutschlands wirtschaftliche Lage, obwohl sie ernst sei wie überall in der Welt, sich in letzter Zeit erheblich verbessert habe. Zahlreiche Industriezweige, so die Textilindustrie, die Kraftwagenindustrie und der Baumarkt, machten ein großes Binnengeschäft und stellten dauernd mehr Arbeiter ein. Der Mangel an Rohstoffen werde



Durch das Genie der deutschen Chemiker und Erfinder zunehmend überwunden, und es sei kein Zweifel, daß im Jahre 1935 weitere Fortschritte in Richtung auf die Herstellung von Ersatzmitteln für Rohstoffe gemacht werden würden.

## Die Reichsreform in der Justiz

Ab 1. Januar 1935 einheitliche Reichsjustizverwaltung

Berlin, 21. Dez. Der erste Januar 1935 wird in der Geschichte der deutschen Justiz für alle Zeiten ein bedeutsamer Tag bleiben. Mit diesem Tage übernehmen Reichsminister der Justiz, Dr. Gürtner, und das von ihm geleitete Reichsjustizministerium auf Grund des zweiten Gesetzes zur Überleitung der Rechtspflege auf das Reich vom 5. Dezember 1934 in allen deutschen Ländern die unmittelbare Führung der Justiz. Die Landesjustizministerien werden an diesem Tage zu bestehen aufhören. In den Ländern Hessen, Braunschweig, Anhalt, Lippe und Schaumburg-Lippe gehen mit dem 1. Januar 1935 die Aufgaben der obersten Landesjustizbehörden auf das Reich unmittelbar über. In den übrigen Ländern nehmen die von dem Reichsminister der Justiz bestellten Beauftragten ihre Tätigkeit auf. Wie bereits mitgeteilt wurde, sind insgesamt nur vier Beauftragte bestellt worden, nämlich je ein Beauftragter für 1. Bayern, 2. Württemberg und Baden, 3. Sachsen und Thüringen, 4. Hamburg, Lübeck, Bremen, Oldenburg und Mecklenburg. Sie werden insbesondere dafür zu sorgen haben, daß die vielfach vorhanden gewesene Überzentralisation der Geschäfte aufhört und daß die Abgabe hierfür geeigneter Geschäfte an die Provinzialjustizbehörden, nämlich die Oberlandesgerichtspräsidenten und Generalstaatsanwälte, erfolgt. Die Geschäfte der Justiz werden zwischen der obersten Reichsjustizbehörde und den Provinzialbehörden so zu verteilen sein, daß einerseits das Reichsjustizministerium die Gewißheit hat, seinen Willen bis in die unterste Justizbehörde durchsetzen zu können, und daß andererseits die Chefs der Provinzialjustizbehörden die Möglichkeit haben, in weitem Umfange die Geschäfte der Justiz in eigener Verantwortung zu führen.

Das Reichsjustizministerium hat nicht die Absicht, die Sachbearbeitung der bisherigen Landesjustizministerien bei der nunmehr erfolgenden zentralen Führung der Justiz auszuschließen. Es ist vielmehr der Wunsch des Reichsministers der Justiz, einen großen Teil des Personalbestandes der Landesjustizministerien in die oberste Reichsjustizverwaltungsbürokratie zu übernehmen. So sind bereits in diesen Tagen 16 neue Sachbearbeiter aus den Ländern in das Reichsjustizministerium einberufen worden.

Zur Durchführung dieser bevorstehenden Umwälzung auf dem Gebiet der Justiz wurden am 18. u. 19. Dez. eine Reihe von Anordnungen erlassen. Zunächst werden mit Wirkung vom 1. Januar 1935 alle sämtlichen Aufgaben, die gegenwärtig den obersten Landesjustizbehörden auf dem Gebiet der Strafvollzugsverwaltung obliegen, den zuständigen Abteilungen des Reichsjustizministeriums in Berlin übertragen. In den Ländern, für die Beauftragte bestellt sind, werden diese Geschäfte nachdrücklich von der Bearbeitung durch die Beauftragten ausgenommen. Gleichzeitig mit der Überleitung der Rechtspflege auf das Reich hat der Reichsminister der Justiz die Behörden der Staatsanwaltschaft im gesamten Deutschen Reich vereinheitlicht. Die oberste Aufsicht und Leitung der Staatsanwaltschaften hat der Reichsminister der Justiz. Nach seinen Weisungen arbeiten die Generalstaatsanwälte, Oberstaatsanwälte und übrigen Beamten der Staatsanwaltschaft.

Endlich hat der Reichsminister der Justiz für die Länder Hessen, Braunschweig, Anhalt, Lippe und Schaumburg-Lippe für die Beauftragten nicht vorgesehene sind, in einer besonderen Verfügung den Übergang der Rechtspflege auf das Reich geregelt. In diesen Ländern werden den Oberlandesgerichtspräsidenten und Generalstaatsanwälten die auf den Reichsminister der Justiz übergegangenen Zuständigkeiten in demselben Umfange übertragen, in dem sie für Preußen den entsprechenden Behörden übertragen sind.

Es wird jedoch damit gerechnet werden können, daß die Reichsreform auf dem Gebiete der Justiz in absehbarer Zeit völlig durchgeführt sein wird.

## Empfang der 300 Saardeutschen aus Amerika

Bremen, 21. Dez. Auf dem Bremer Hauptbahnhof trafen am Freitag etwa 100 Volksgenossen von der Saar ein, die zum feierlichen Empfang der 300 mit der „Bremen“ von Nordamerika kommenden Saardeutschen nach der Hansestadt geeilt waren. Die hundert Saarländer werden am Samstag früh mit einem Sonderzug nach Bremerhaven weiterfahren, um gemeinsam mit einer Abordnung des Bremer Saargebietes auf der „Columbus“-Rafte die Ankunft des Norddeutschen Dampfers „Bremen“ zu erwarten und die 300 Saardeutschen von Uebersee zu empfangen.

## Nachbarhilfe während der Saarabstimmung

An alle Wirtschaftsführer und Volksgenossen der Westmark

Es ist bewundernswert, mit welchem Opfermut aus allen Teilen nicht nur des Reiches, sondern auch des Auslandes, die Saarabstimmungsberechtigten aufbrechen, um am 13. Januar 1935 ihre Stimme für Deutschland abzugeben. Wer einmal Einblick in die Vorbereitungsarbeit bei den Ortsgruppen des Bundes der Saarvereine gewinnen konnte, steht erstaunt und erregt vor solchen Zeichen tiefer Heimatliebe. Gebrechliche und Kranke beantragen ihre Eintragung in die Abstimmungslisten und werden sich in der zweiten Januarwoche, betreut von Landsleuten oder Schwestern, auf den Weg in die alte Heimat machen, Mütter und Väter lassen ihre Familien allein, um mit ihrer Stimme das Saargebiet befreien zu helfen. Erschütternde Beweise der Treue wurden in dieser Zeit offenbar. Sie geben uns die Gewißheit, daß es um die deutsche Sache an der Saar gut bestellt ist. Denn hinter denen, die zur Abstimmung schreiten, steht die Treue des ganzen Volkes. An viele Volksgenossen wird nun in den Tagen der Abstimmung die Aufgabe herangetragen, die abwesenden Abstimmungsberechtigten im Haushalt oder auch beruflich zu vertreten, alleinstehenden Angehörigen behilflich zu sein, damit jeder Saarländer unberührt auf die entscheidungsvolle Reise gehen kann. Wenn auch die NS-Frauenenschaft und andere Organisationen helfend bereit stehen und sich vor allem der Kinder annehmen, wird doch in vielen Fällen noch weitere Hilfe nötig werden. Jeder Volksgenosse sollte darum in seiner Nachbarschaft Umschau halten, ob dort ein Abstimmungsberechtigter bei der Betreuung von Angehörigen, bei der Ueberwachung des Hauses oder auch beruflich vertreten werden muß. Diese Nachbarhilfe ist an den Tagen der Abstimmung Ehrenpflicht jedes Deutschen.

Der Bund der Saarvereine ist leider nicht in der Lage, Vertretungskosten zu übernehmen. Der Bund hat die Durchführung der gesamten Abstimmungsvorbereitung außerhalb des Saargebietes und die Fahrt der Sonderzüge zu tragen, jedoch ist eine weitere Belastung unmöglich.

Die Berliner Wirtschaftsführer haben sich bereit erklärt, ihren zur Abstimmung fahrenden Betriebsangehörigen den Lohn auch während der Reisetage weiter zu zahlen und diese Tage selbstverständlich auch nicht auf den Jahresurlaub anzurechnen. An die Wirtschaftsführer der Westmark richten wir die Bitte, sich diesem Vorgehen anzuschließen, zumal den meisten Abstimmungsberechtigten an sich schon durch die Fahrt ins Saargebiet erhebliche persönliche Opfer entstehen. An diesen Entscheidungstagen muß ganz Deutschland in einer Front mit den 800 000 Saarländern stehen. Es muß gleichsam ein Aufbruch der gesamten Nation sein, um die Brüder der Saar heimzuführen.

gez.: Heinz Kellner,

Leiter der Landesgruppe Westmark des Bundes der Saarvereine

## Flaggerbot im Saargebiet

NSA Saarbrücken, 21. Dez. Die Regierungskommission des Saargebietes veröffentlicht eine Verordnung, durch die die öffentliche Aufstellung von Fahnen, Flaggen und Wimpeln in den Farben des Saargebietes, sowie in den Farben der völkerverrechtlich anerkannten Staaten und deren Teile bis zum Zeitpunkt der amtlichen Bekanntgabe des Abstimmungsergebnisses verboten wird. Ferner wird die öffentliche Aufstellung nationaler Symbole und Hoheitszeichen, sowie solcher Symbole, die einen „abstimmungspolitischen Charakter“ haben, untersagt.

Zu widerhandelnden werden mit Haft nicht unter drei Tagen, bei Vorliegen mildernder Umstände mit einer Geldstrafe nicht unter dreihundert Franc bestraft.

Die Bestimmungen der Verordnung finden keine Anwendung auf die Behörden der Regierungskommission, der Abstimmungskommission, auf die internationalen Truppen, sowie auf die Zollbehörden und die im Saargebiet akkreditierten konsularischen Vertreter.

Die Regierungskommission hat ferner eine zweite Verordnung erlassen, die die Stimmabgabe der in Artikel 52 der Abstimmungsordnung bezeichneten Personen betrifft. Es handelt sich dabei im wesentlichen um Kranke, Hilfsläger, Angestellte des öffentlichen Verkehrswezens, Polizisten, Landjäger, sowie Landräte und Bürgermeister.

## 2000 Todesopfer der Malaria auf Ceylon?

Colombo, 21. Dez. Die zur Zeit auf Ceylon herrschende Malariaepidemie hat nach inoffiziellen Schätzungen einer Neutermeldung zufolge bisher 2000 Todesopfer gefordert.

## Die Reichshauptstadt auf dem Wege der finanziellen Gesundung

NSA Berlin, 21. Dez. Die Finanzen der Reichshauptstadt, die durch die marzipanische Mißwirtschaft ins Bodenlose abgeglitten waren, befinden sich dank der zähen, unermüdbaren Aufbauarbeit und einer eifernen Sparpolitik der nationalsozialistischen Stadtverwaltung auf dem Wege zu einer langsamen, aber sicheren Gesundung. Die ständig zunehmende Verschuldung und der unauffällig zunehmende Fehlbetrag der früheren Zeit konnten restlos abgehakt werden, und schon im Laufe weniger Jahre dürfte mit einer endgültigen Ausgeglichenheit des Haushaltes zu rechnen sein. 1932 betrug die Ausgaben noch 1184,3 Millionen RM, 1934 nur noch 856 Millionen RM. Von der Fehlbetragsmasse der abgelaufenen Rechnungsjahre 1929/30 bis 1933 in Höhe von rund 252 Millionen RM sind durch Umschuldung der zu ihrer Ueberbrückung aufgenommenen Kassenkredite insgesamt 133,6 Millionen RM konsolidiert worden. Auch die Konsolidierung des Restes ist in die Wege geleitet, so daß eine zusätzliche Belastung des ordentlichen Haushaltes im Rechnungsjahr 1935 und den folgenden Jahren aus dieser Erbschaft der Vergangenheit vermieden wird. Die große Wende der wirtschaftlichen Verhältnisse im Laufe des Jahres 1933 und vor allem des Jahres 1934 hat auch der Stadt Berlin wesentliche finanzielle Verbesserungen gebracht. Für die Zukunft kommt eine Neuverteilung der Stadt nur in den geschäftlich zugelassenen Grenzen für einen echten außerordentlichen Bedarf und grundsätzlich nur für verbundene Zwecke in Betracht. Die Drosselung der Ausgaben, die seit mehreren Jahren durchgeführt worden ist, ging allerdings zumeist über das wirtschaftlich erträgliche Maß hinaus, weil sie die Substanz des städtischen Vermögens in nicht geringem Umfange angegriffen hat. Diese Politik der Ausgabenbeschränkung muß jedoch weiter fortgesetzt werden, damit endlich Ordnung in die Finanzen kommt. Der bestehende Haushaltsfehlbetrag macht es der Stadt auch unmöglich, in absehbarer Zeit die wirtschaftlich unbefriedigend gebotenen Senkungen bei den Steuern und vor allem bei den Finanzzuschlägen in den Tarifen der städtischen Versorgungsbetriebe vorzunehmen.

In der allgemeinen Wohlfahrt (ohne Erwerbslose) sind im ersten Halbjahr durchschnittlich 170 260 laufend und nicht laufend Unterhaltene betreut worden. Die Zahl der Wohlfahrts-erwerbslosen einschl. der beschäftigten Fürsorgearbeiter (Wf) betrug am 31. März ds. Js. 227 818. Durch die Auswirkungen der Arbeitsbeschäftigungspolitik u. besonders durch den „Gründerplan“ wurde die im Haushaltsplan angelegte Zahl von 200 000 Wohlfahrts-erwerbslosen bis zum 30. Sept. ds. Js. auf 158 881, also um 71 137 oder 31,2 % gesenkt.

## Lord Rothermere in München

NSA München, 21. Dez. Der englische Zeitungstönig Lord Rothermere ist Freitag früh hier eingetroffen und mit seiner Begleitung im Hotel „Bier Jahreszeiten“ abgestiegen. Rothermere wird seinen Münchener Aufenthalt voraussichtlich bis zum Sonntag ausdehnen.

## Lord Rothermere im Braunes Haus

NSA München, 21. Dez. Nach seinem Besuch in Berlin ist Lord Rothermere aus der Informationsreise durch das neue Deutschland, wie bereits gemeldet, in München eingetroffen. In Begleitung seines Sohnes besuchte er das Braunes Haus, wo ihn der Stellvertreter des Führers, Rudolf Hess, empfing. Im Führerzimmer hieß Rudolf Hess die englischen Gäste namens der NSDAP willkommen. Er wies darauf hin, daß das Braunes Haus und gerade auch der Arbeitsraum des Führers in den langen Kampfjahren historischen Charakter bekommen habe. Gerade hier habe in der Zeit der Opposition der Führer die wichtigsten Entschlüsse gefaßt. Rudolf Hess führte die Gäste des Braunes Hauses in den Senatorensaal und zeigte ihnen auch die Kartellanlage, weil die Organisation der NSDAP, das besondere Interesse des großen englischen Zeitungsvorgängers fand.

Der Reichsschachmeister der NSDAP, Reichsleiter Schwarz, empfing die Herren in seinem Arbeitszimmer und gab ihnen Erläuterung über die Organisation der Partei. Er sprach über die in vergangener Zeit so schwierige Finanzierung der Bewegung und über die unerhörten Schwierigkeiten, die zu überwinden waren, um die großen Mittel, die in der Kampfszeit gebraucht wurden, aus eigener Kraft aufzubringen.

Lord Rothermere gab seinem Dank für die Führung durch das Braunes Haus lebhaften Ausdruck mit der Betonung, daß ihn die historische Stätte des Braunes Hauses und die Organisation der NSDAP außerordentlich interessiert habe. Er wird nach einem Besuch der Autobahnen Deutschland verlassen.



URHEBER-RECHTSCHUTZ DURCH VERLAG OSKAR MEISTER, WERDAU/ISA

(23. Fortsetzung.)

Sie konnte sich nicht zu einer geregelten Tätigkeit entschließen, und als Ernst einmal freundlich sagte: „Nimm dir doch irgendeine kleine lägliche Pflanz im Haushalt. Du wirst sehen, es lebt sich ganz angenehm dabei. Und unsere Nachbarn möchten dich auch gern kennenlernen. Arrangiere doch irgend etwas“, da antwortete sie:

„Was soll ich hier wohl arrangieren? Die Leute haben doch kein Verständnis dafür.“

„Gründe einen Wohltätigkeitsverein. Frau Leitner aus dem Nachbardorf, eine feine, stille Frau, die hier auch immer ein bißchen fremd geblieben ist, wird gern dabei sein. Franz Leitner hat sie aus Wien mit hergebracht. Und wenn du willst, könnte man auch versuchen, die Patronatsherrin von Venzbach für die Sache zu interessieren. Erst vielleicht ein Kränzchen, dann findet sich alles von selbst.“

„Gisela war sofort Feuer und Flamme für diesen Vorschlag.“

„Ja. Wir wollen also bei den Herrschaften Besuch machen!“ sagte sie eifrig.

So kam es, daß sich bald ein kleiner Kreis bildete. Die Gräfin von Pittler, die Patronatsherrin von Venzbach, hatte ebenfalls ihren Beitritt zu dem Kränzchen erklärt, obgleich sie vorerst nicht kommen konnte, da sie zu ihrer Tochter nach Schweden reisen mußte, die dort krank darniederlag.

So war also alles in schönster Ordnung. Frau Leitner, die junge Herrin des Leitnerhofes, war eine feine, stille Person, die ihren Mann sehr liebte und aus dem rauhen Bergbauern einen manierlichen, gemüthlichen Menschen gemacht hatte.

Alle Frauen freuten sich über den guten Einfall. Sie fanden die junge Frau Oberhof entzückend, und da diese in letzter Zeit auch Christa mit zu diesem Kränzchen herangezogen hatte, so gab es für die beiden jungen Weibchen jetzt viele gemeinsame Interessen.

Christa war von bezaubernder Schönheit.

Kein Mensch ahnte, wie sehr sie litt unter diesem Beisammensein mit Ernst und dessen Frau. Die alte heiße Liebe war emporgelohet, als er nach Rückkehr von seiner Hochzeitsreise wieder vor ihr stand. Groß, stattlich, braungebraunt. Und er hatte ihre Hand herzlich gedrückt. Dabei blickte er in das schöne, klare Mädchengesicht, als sähe er es heute zum ersten Male.

Christa aber wandte sich ab. Ihre Lippen zitterten. Und da war es Ernst Oberhof, als raffe ein Vorhang entzwei, der ihm bisher etwas verhüllt hatte.

Christa liebte ihn!

Das stille, schöne Mädchen, dem er als Junge einmal roh gesagt, es sei eine Gemeindelast.

Arme kleine Christa! Wie grausam doch das Leben war!

Der alte Oberhofbauer ging ernstlich mit sich zu Räte, ob er seinen Sohne nicht doch den Hof abtreten solle. Denn der Junge tat ihm leid.

War das nötig? Gisela's Liebe gehörte ihm, und die Leute auf dem Oberhof betrachteten ihn bereits als den Herrn, wenn sie auch noch ihn, den alten Oberhofbauer, respektierten. Es blieb aber doch ein bitterer Beigeschmack für alle Teile, und so kam der Oberhofbauer immer wieder auf den Gedanken, sich zur Ruhe zu setzen.

Und war es denn mit seinem Vater, dem Groß- und Urgroßvater nicht auch so gewesen? Es war eben der Lauf der Zeit: Das Alte mußte dem Jungen weichen.

Er sprach mit seiner Schwester darüber. Die sah ihn groß an, und um ihren Mund zuckte es schmerzhaft.

„Will man uns los sein, Andreas?“

„Das wohl nicht, Bertha, aber schließlich ist die derzeitige Lage für Ernst auch nicht gerade angenehm. Er ist eine Rennnatur, und solange ich den Hof habe, muß er mich doch immer fragen, wenn er irgend etwas möchte.“

„Ja, und er ist sehr tüchtig, der Hof ist bei ihm gut aufgehoben. Ich dachte nur an den Haushalt, da wird es wohl ein bißchen arg drüber und drunter gehen; meinst du nicht?“

„Ja, das kann wohl sein. Aber — es wird sich schon einrichten, die beiden Mädel hast du ja gut gedreht. Die werden schon alles tun, was in ihren Kräften steht.“

„Auf fremde Leute verläßt man sich nicht, auch wenn man ihnen vertrauen kann“, entgegnete Bertha Oberhof verstimmt.

Und ihr Bruder mußte nun, wie sehr auch sie unzufrieden war mit den neuen Verhältnissen.

„Es kam denn so, daß Andreas Oberhof dem Sohne den Hof übergab. Der wollte erst nicht annehmen.“

„Vater, du bist noch so rüftig und gesund. Das Altknecht bekommt dir ganz gewiß nicht, und ich habe nie danach getrachtet, so schnell Herr vom Oberhof zu werden. Behalte also den Hof noch, Vater!“

Der schüttelte den Kopf.

„Ich habe schon alles aufgesetzt. Es bleibt dabei. Denn jetzt nimmst du doch nur eine Art Verwalterstelle ein.“

Da umschloß Ernst Oberhof ganz fest des Vaters Hände.

„Dann danke ich dir, Vater!“ —

Nun wohnte das alte Geschwisterpaar drüben im Anzughaus, das man früher an Sommergäste vermietet hatte. Und es war dort sehr gemüthlich geworden unter Tante Berthas unermüdblich fleißigen, geschickten Händen.

Christa hatte eine größere Summe festgelegt erhalten.

„Für deine Ausstattung“, hatte der Oberhofbauer gesagt. Dabei hatte er sehr eingehend die Storchschnabelblumen gemustert, die buntblühend auf dem Fensterbrett standen.

„Ich heirate nie, Vater. Nie!“

Mit einem Ruck wandte er sich ihr zu.

„Wie? Für dich kann doch auch noch das Glück kommen. Es gibt ja viele stattliche junge Burken in unserer Bekanntenkreise. Ueberlege es dir nur, Christel!“

Sie sah ihn schmerzhaft an.

(Fortsetzung folgt.)